



CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



Optionsmodell, Unternehmensbeirat und Einführung eines Controllings - Organisations- & Verwaltungsstrukturen im Wandel - Newsletter, Ausgabe 03-2010

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,
liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen,

in unserem letzten Newsletter hatten wir Ihnen bereits angekündigt, u. a. das Thema Gründung einer AöR näher zu beleuchten. Beginnen wollen wir daher dieses Mal mit einem Sachstandsbericht in dieser Angelegenheit.

AöR – Anstalt des öffentlichen Rechts

Auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wurde bereits im Jahre 2008 eine Untersuchung der Organisationsstruktur im Aufgabenbereich Abfallwirtschaft vorgelegt, aus der sich zusammenfassend herleiten lässt, dass vor dem Hintergrund der tatsächlichen und rechtlichen Entwicklungen in der Abfallwirtschaft der letzten 10 Jahre eine Optimierung der Organisationsstrukturen in der abfallwirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung sinnvoll ist. In diesem Bereich können Optimierungsmöglichkeiten genutzt und Einsparpotenziale in den kommenden Jahren gehoben werden – sofern alle Beteiligten „an einem Strang ziehen“. Dem Kreis kommt in diesem Zusammenhang naturgemäß kraft seiner Integrations- und Ausgleichsfunktion eine Schlüsselrolle zu.

Der dieses Ziel verfolgende Antrag der CDU-Fraktion vom 18.01.2010 wurde in der Kreistagssitzung am 18.02.2010 mit breiter Mehrheit (bei 2 Nein-Stimmen) beschlossen. Die CDU-Fraktion hält es für sinnvoll, bei dem Thema der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit offensiv mit einem organisatorischen Angebot auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zuzugehen.

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 08.07.2010 erklärte auch der zu Rate gezogene Unternehmensberater Ludwig Buchbinder, dass eine verbesserte Wirtschaftlichkeit und mehr Bürgerservice durch die flexibler handelnde AöR erreicht werden könnten. Nach Gesprächen mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden hatten diese sich zunächst nicht bereit erklärt, der AöR beizutreten. Der Kreis müsste sie also alleine gründen. Die Fraktionen werden beraten.

Schulentwicklungsplanung und schulische Inklusion

Nachdem am 01.06.2010 die Vorstellung des Gutachtens zur kreisweiten Schulentwicklungsplanung durch die Projektgruppe Bildung und Region aus Bonn in der Aula des Gymnasiums Hückelhoven erfolgte (wir berichteten), wurde der Landrat auf Antrag von CDU- und FDP-Fraktion in der Kreisausschusssitzung am 16.09.2010 einstimmig beauftragt, zur Moderation der kreisweiten Schulentwicklungsplanung die Städte und Gemeinden zu einem „Runden Tisch für die Schulentwicklungsplanung“ einzuladen. Dieser Runde Tisch solle dann nach Bedarf zusammentreten und pro Kommune aus jeweils einem Vertreter der Politik und der Verwaltung bestehen.

Die erste Sitzung des „Runden Tisches“ hat am 16.11.2010 stattgefunden; für das Frühjahr 2011 ist das nächste Treffen geplant, um mögliche bzw. notwendige Veränderungen in der Schullandschaft des Kreises Heinsberg zu erörtern. Darüber hinaus hat sich zwischenzeitlich der fraktionsinterne Arbeitskreis Schulentwicklungsplanung konstituiert, der die Angelegenheit fachlich begleiten wird; hier sollen auch schon einmal Ziele/Vorgaben formuliert werden; ggf. wird der Arbeitskreis das Thema auch in einer interkommunalen Konferenz unter den Vorsitzenden der CDU-Fraktionen erörtern.

Im Zusammenhang mit dem Thema Schulentwicklungsplanung ist auch das Thema schulische Inklusion zu erwähnen. Die diesbezügliche neuerliche Willensbildung der neuen NRW-Landesregierung ist uns allen bekannt, aber insbesondere unter Bezugnahme auf das Gutachten zur Schulentwicklungsplanung hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Gebrüder-Grimm-Schule als Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache als Zentrum am Standort Heinsberg zu erhalten, jedoch in Dependancen aufzugliedern. Hierzu sollen im Kreisgebiet flächendeckend Grundschulen als Partnerschulen gefunden werden, wo Kinder mit dem Förderbedarf Sprache in einer oder mehreren Klassen zusammengefasst und zunächst teilentegriert werden, z. B. in Sport oder Kunst. In Lesen, Sprache, Rechtschreiben, gegebenenfalls auch Mathematik erfolgt zunächst eine separate Förderung mit dem Ziel, die Kinder so bald wie möglich auch hier einzugliedern. Nach derzeitigem Stand ist zu erwarten, dass an den Grundschulen der Kommunen jeweils eine bis maximal drei ausgelagerte „Dependance-Klassen“ gegründet werden müssen.

Im Sinne eines fließenden Überganges sollen Dependancen zum Schuljahresbeginn 2011/2012 allenfalls als Einzelfall eingerichtet werden können; Ab dem Schuljahr 2012/2013 sollen keine Eingangsklassen mehr am Standort Heinsberg gebildet werden. Die Vorberatungen im Schulausschuss am 06.12.2010 bestätigten diese Pläne; auf Vorschlag der CDU-Fraktion wurde jedoch zusätzlich noch vereinbart, dass nach einem Jahr umfassend über den Stand der Dinge berichtet wird.

CDU-Antrag zur Teilnahme am Interreg-IV-Antrag „Lingua-Cluster“

Nach Auffassung der CDU-Kreistagsfraktion spielt die Förderung der wechselseitigen Sprach- und Kulturkompetenz trotz Grenz Nähe auch an den meisten Schulen in der Region leider noch eine eher untergeordnete Rolle. Die beteiligten jungen Menschen sollten bereits im Schulalltag aktiv erfahren, dass sie in Grenz Nähe leben, welche Vorzüge dieser Lebensraum Grenzland zu bieten hat und welche Chancen sich hier mit Blick auf den persönlichen Horizont, aber nicht zuletzt auch für die spätere Karriere bieten. All diese Grundgedanken wurden im Rahmen des Interreg IV-Projektes „Lingua-Cluster“ aufgegriffen, so dass sich die CDU Kreistagsfraktion mit Antrag vom 15.09.2010 klar für eine Teilnahme an diesem Projekt ausgesprochen hat.

Unter Einbeziehung weiterführender Schulen und der Förderschulen hat der Schulausschuss in seiner Sitzung am 07.11.2010 einstimmig beschlossen, dem CDU-Antrag betr. Teilnahme am Interreg-IV-Projekt „Lingua-Cluster“ zuzustimmen. Erste Maßnahmen in diese Richtung hat die Verwaltung bereits ergriffen; der Kreis wird sich dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Schulen an dem Projekt beteiligen.

Controlling/Arbeitsabläufe

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit den derzeitigen erheblichen Einsparbemühungen gibt es auch Überlegungen, wie man die Steuerungsmechanismen und Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung ggf. optimieren kann. Auf Antrag der FDP-Fraktion und unter Einbeziehung der von der CDU-Fraktion vorgetragenen Erweiterung wurde in der Kreisausschusssitzung am 22.06.2010 mit einstimmigem Beschluss ein Prüfauftrag an die Verwaltung erteilt. Danach sollte die Verwaltung prüfen bzw. ein Konzept zur Controlling-Einführung erarbeiten, inwieweit in der Kreisverwaltung mittelfristig ein Controlling realisiert werden kann. Die Ergebnisse sollten dem Kreistag zeitnah vorgestellt werden. Die Verwaltung wurde zudem beauftragt, interne und externe Möglichkeiten zur Untersuchung der Arbeitsabläufe in der Kreisverwaltung mit dem Ziel der Identifikation von Optimierungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Kreisausschuss vorzustellen.

Am 16.11.2010 wurde vor der Verwaltungsspitze und den Fraktionsvorsitzenden ein erster Vortrag zu dem Thema von Herrn Dirk Greskowiak von der Beratungsfirma KGST gehalten, der erste Lösungsansätze beschreibt. In Verwaltung und politischen Gremien werden noch weitere Gespräche und Abstimmungen erfolgen. Die Gemeindeprüfungsanstalt NRW wird darüber hinaus im 1. Halbjahr 2011 eine umfangreiche Geschäftsprüfung in vielen Bereichen der Kreisverwaltung durchführen. Die überörtliche Prüfung der Informationstechnologie durch die GPA soll nunmehr zum Abschluss gebracht werden. Die KGST hat sich für das weitere Vorgehen ausdrücklich dafür ausgesprochen, zunächst diese beiden Prüfungen abzuwarten und erst dann nach einer Auswertung der Prüfberichte ein konkretes Angebot zur Durchführung einer Stärken-/Schwächenanalyse abzugeben.

Unternehmensbeirat

Bereits der gemeinsame Antrag von CDU- und FDP-Fraktion vom 30.11.2009 „Prüfauftrag zur Beteiligung der Unternehmerschaft im Themenkomplex Wirtschaft“ wurde in der Kreisausschusssitzung am 15.12.2009 einstimmig angenommen. Die Verwaltung sollte danach prüfen bzw. Vorschläge erarbeiten, inwieweit beim Kreis Heinsberg die Beteiligung der Unternehmerschaft im Themenkomplex Wirtschaftsförderung realisiert werden kann. Zielvorstellung war hierbei das Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zur Hebung möglicher Synergien, um so die wirtschaftliche Zukunft des Kreises zu sichern.

In seiner Sitzung am 22.06.2010 beschloss der Kreisausschuss bei 6 Enthaltungen einstimmig ein dahingehendes Konzept. Danach sollen beteiligt werden: für die Unternehmerschaft der Regionalausschuss der IHK Aachen für den Kreis Heinsberg, für die Wissenschaft erforderlichenfalls Vertreter der regionalen Hochschulen, ein Vertreter der WFG, der Landrat und jeweils ein Vertreter der Kreistagsfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Grüne.

Sachstand „Optionsmodell“

Abschließend wollen wir kurz darauf hinweisen, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 23.09.2010 mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit beschlossen hat, die Zulassung als alleiniger Träger für die Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach § 6 a SGB II (Optionskommune) zu beantragen. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf unserer Internetseite unter www.cdu-fraktion-kreis-heinsberg.de Der Antrag wurde zwischenzeitlich gestellt.

Kommunalisierung Rettungsdienst

Viel und rege diskutiert ist derzeit auch das Thema „Kommunalisierung Rettungsdienst“. Nachdem im Jahre 2006 die Leistungen des Rettungsdienstes im Kreis Heinsberg erstmalig im Wege der Ausschreibung vergeben werden mussten, weil eine freihändige Vergabe (wie in der Vergangenheit an das DRK) vergaberechtlich nicht mehr zu verantworten war, stellt sich für die Zeit ab dem 01.01.2012 die Frage, ob eine erneute europaweite Ausschreibung erfolgt, oder – und das ist die einzige zulässige Alternative – ob der Kreis die Aufgabe selber wahrnehmen will.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt, dass es bei jeder erneuten Ausschreibung zu einem so genannten „Betriebsübergang“ kommt, mit den bekannten Folgen, insbesondere im personellen Bereich. Die Mitarbeiter müssten jedes Mal von einem erneuten Arbeitgeberwechsel ausgehen; die so oft zitierte „Lohnspirale“ würde für noch mehr Verunsicherung sorgen. Wir sind zu der Auffassung gelangt, dass diese Konsequenzen mit untragbaren negativen Folgen für die Qualität im Rettungsdienst verbunden sind, da so kaum noch gut qualifiziertes Personal gebunden werden kann.

Die Grundsatzentscheidung ist dementsprechend noch in diesem Jahr gefallen; nach ausführlichen Gesprächen und Beratungen und auch einem regen Meinungs-austausch mit den im Kreis tätigen Hilfsorganisationen hat sich die CDU-Kreistagsfraktion eindeutig für eine Kommunalisierung des Rettungsdienstes entschieden. Auch hier verweisen wir für weitergehende Informationen auf unsere oben genannte Internetseite. Im nächsten Jahr folgen die Beratungen zur konkreten Organisationsform.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen. Wir hoffen, dass wir Ihnen auch dieses Mal einen interessanten Einblick in unsere Arbeit geben konnten und würden uns freuen, wenn Sie auch die nächste Ausgabe unseres Newsletters mit Interesse verfolgen.

Mit freundlichen vorweihnachtlichen Grüßen
sowie den besten Wünschen für das kommende Jahr 2011



Norbert Reyans
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt
Geschäftsführer